



Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei

Staatsminister Thomas Kreuzer, MdL

Landratsamt Coburg
Herrn Landrat
Michael Busch
Lauterer Straße 60
96450 Coburg

LANDRATSAMT COBURG - Büro Landrat -	
Eing:	08. Dez. 2011 <i>S</i>
GB / FB	<i>23</i> <i>St</i> <i>14.12.</i>

Ihre Nachricht vom 09.11.2011
Ihr Zeichen 941-00=Z3

Unsere Nachricht vom
Unser Zeichen GS - 600 - 300 - 30 - 1 - 62 - 54

München, 07. 12. 2011
Durchwahl: 089 - 2165 2300

Kabinettsausschuss Demografischer Wandel

Sehr geehrter Herr Landrat,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 9. November 2011 an Ministerpräsident Seehofer und Ihre Anregungen zur Änderung des kommunalen Finanzausgleichs. Ministerpräsident Seehofer hat mich gebeten, Ihnen zu antworten. Gerne nehme ich die Gelegenheit wahr, Sie über die Reform des kommunalen Finanzausgleichs zu informieren und Ihnen die Beschlüsse darzustellen, die zur Unterstützung der vom demografischen Wandel betroffenen Regionen gefasst wurden.

Die langfristige Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und bestmögliche Zukunftschancen für alle bayerischen Regionen haben für die Staatsregierung oberste Priorität. Bayern lässt keine Region zurück. Die demo-

./.

grafischen Veränderungen sowie Urbanisierungstendenzen sind dabei große aktuelle Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund hat die Staatsregierung einen Kabinettsausschuss Demografischer Wandel unter Leitung von Ministerpräsident Seehofer eingesetzt. Im Ergebnis von mehr als einem Dutzend Sitzungen hat das Bayerische Kabinett als strategische Handlungskonzeption den Bericht „Aufbruch Bayern – Aktionsplan demografischer Wandel“ beschlossen (der Bericht steht als PDF-Download unter www.bayern.de zur Verfügung).

Im Rahmen der Klausurtagung des Bayerischen Kabinetts am 18./19. November 2011 in St. Quirin hat die Staatsregierung zudem entschieden, für die Umsetzung des Aktionsplans 1,3 Milliarden Euro bis 2016 bereitzustellen. Bayern nutzt seine finanziellen Spielräume damit kraftvoll aus, um insbesondere ländliche Räume und Kommunen mit demografischen Herausforderungen gezielt zu fördern. Auf diese Weise stellt Bayern konsequent die Weichen für hohe Lebensqualität, Wohlstand und Innovationskraft in einer älter werdenden Gesellschaft, gerade auch für kleinere Kommunen. Bereits der Nachtragshaushalt 2012 sieht insoweit die Summe von 232 Millionen Euro vor. Im Einzelnen:

Kommunaler Finanzausgleich

Ein wichtiger Baustein des Aktionsplans ist die strukturelle Reform des kommunalen Finanzausgleichs. Als Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und den kommunalen Spitzenverbänden werden die Kommunen in 2012 den mit ca. 7,3 Milliarden Euro höchsten Finanzausgleich aller Zeiten erhalten, d. h. 388 Millionen Euro mehr als 2011! Die reinen Landesleistungen steigen sogar noch stärker, und zwar um 412,9 Millionen Euro auf 6,79 Milliarden Euro. Hervorzuheben sind dabei:

- die dauerhafte strukturelle Verbesserung für alle Kommunen durch die Hebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund von 12,2 Prozent auf 12,5 Prozent;

- die Stärkung der Verwaltungshaushalte mittels Anstiegs der Schlüsselzuweisungen um 100,2 Millionen Euro (auf 2,68 Milliarden Euro), von der vor allem die finanzschwachen Kommunen profitieren;
- die Erhöhung der Investitionspauschalen zur Unterstützung der Kommunen bei kleineren Investitionen um 81,7 Millionen Euro auf 255 Millionen Euro, die die Investitionskraft der kleineren und hier insbesondere der strukturschwachen Kommunen stärkt.

Der Aktionsplan knüpft an diese Verbesserungen an und hilft Kommunen mit Bevölkerungsrückgang noch gezielter als bisher:

- Der 2006 zur Berechnung der Schlüsselzuweisungen eingeführte Demografiefaktor stellt künftig auf zehn statt auf fünf Jahre ab. Dadurch erhalten Kommunen mehr Zeit, um ihre Infrastruktur oder ihr Personal an weniger Einwohner anzupassen.
- Zudem wird ein neuer „vorausschauender“ Demografiezuschlag bei Investitionspauschalen eingeführt, um den Kommunen mit erheblichem Bevölkerungsrückgang attraktivitätssteigernde Investitionen zu ermöglichen.
- Ergänzt wird der „vorausschauende“ Demografiezuschlag durch die Möglichkeit höherer Fördersätze bei kommunalen Hochbaumaßnahmen bzw. im kommunalen Straßenbau.
- Abgerundet wird die Unterstützung durch ein neues Vergabekriterium „Besondere demografische Härte“ bei den Bedarfszuweisungen. Dadurch könnten demografisch bedingte Problemstellungen bei Kommunen mit einer akuten finanziellen Notlage zusätzlich abgedeckt werden.

Im Ergebnis dienen gerade die Anpassungen im kommunalen Finanzausgleich dazu, den besonders von Einwohnerrückgängen betroffenen Regionen Mittel und Zeit zur Verfügung zu stellen, die notwendigen infrastrukturellen Maßnahmen durchzuführen.

Regionalförderung – Innovationsgutscheine

Mit der Aufstockung der regionalen Wirtschaftsförderung um 35 Millionen Euro werden ganz gezielt die besonders von Strukturschwäche und Bevölkerungsabnahme betroffenen Regionen bei der Ansiedlung und Erweiterung von Unternehmen unterstützt. Mit 5 Millionen Euro werden außerdem Innovationsgutscheine finanziert, über die vor allem kleinere und mittlere Unternehmen in ländlichen Regionen Forschungsleistungen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen einkaufen können.

Städtebauförderung - Dorferneuerung

Mit der Städtebauförderung und der Dorferneuerung stehen zwei hervorragende und erprobte Instrumente zur Verfügung, um die Attraktivität von Kommunen zu verbessern und die Aufwertung von Innenstädten zu unterstützen (z.B. zur Nachnutzung von innerörtlichen Leerständen und Brachen). Allein im Nachtragshaushalt werden für diesen Bereich zusätzlich 14,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt; für 2013 stehen ferner bereits jetzt Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 17 Millionen Euro bereit.

Interkommunale Zusammenarbeit

Mit jährlich 500.000 Euro werden freiwillige interkommunale Kooperationsprojekte bei allgemeinen Verwaltungstätigkeiten der Kommunen gefördert (vom Rechnungs- und Abgabewesen bis hin zu Standesämtern und Bauhöfen).

Verkehr und ÖPNV

Die Mittel für die Staatsstraßen als wichtige Lebensadern des ländlichen Raums werden 2012 um 105 Millionen Euro angehoben. Neben der Sanierung und Ertüchtigung des bestehenden Netzes können damit auch viele Maßnahmen zur Entlastung von Anwohnern und zur Verbesserung der Verkehrssicherheit angegangen werden. Mit 2 Millionen Euro im Jahr wird der Freistaat außerdem innovative Pilotprojekte im ländlichen Nahverkehr unterstützen.

Breitbandausbau

Die Staatsregierung wird mit 20 Millionen Euro pro Jahr den Breitbandausbau weiter voranbringen. Die hierfür entwickelte bayerische Glasfaserstrategie umfasst u. a. ein neues Breitbandkompetenzzentrum sowie ein zielgerichtetes Glasfaserförderprogramm für strukturschwache Regionen.

Medizinische Versorgung

Bayern wird auch künftig seinen Beitrag dazu leisten, die überdurchschnittlich gute medizinische Versorgung gerade auch in den ländlichen Regionen zu sichern. 2012 stehen hierfür 6 Millionen Euro zur Verfügung. Damit sollen innovative Versorgungsmodelle unterstützt und die Telemedizin ausgebaut werden. Darüber hinaus werden zusätzliche Studienplätze geschaffen und vor allem die Bereiche Allgemein- und Altersmedizin gestärkt.

Wissenschaft / Technologieförderung

Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen haben eine ganz besondere Magnetkraft auf junge Menschen und gleichzeitig eine Ausstrahlwirkung auf ihre Region. Um das Land auch außerhalb der Ballungsräume zukunftsfest zu machen und die Entwicklung nachhaltig zu stärken, wird der Freistaat 2012 in einem ersten Schritt bereits zusätzlich 24 Millionen Euro investieren. Hinzu kommen noch einmal 6 Millionen im Bereich der außeruniversitären Technologieförderung. In den kommenden vier Jahren werden sich die Beträge insgesamt auf mehrere Hundert Millionen Euro summieren. Vor allem Oberfranken wird auch davon profitieren.

Schule

Die Staatsregierung gibt ein konsequentes Bekenntnis zu den Grundschulstandorten ab. Durch maßgeschneiderte Lösungen sollen (Grund-) Schulstandorte im Einvernehmen mit den Eltern gehalten werden. Ebenso wird die berufliche Bildung gestärkt. Das lebenslange Lernen rückt klarer in den Fokus. Diese Maßnahmen sind Bestandteil des Bildungspakets mit einem

Volumen von ca. 169 Millionen Euro im Nachtragshaushalt 2012, mit dem Bayern die Bildungsausgaben seit 2008 um 2 Milliarden auf nunmehr 15,7 Milliarden Euro angehoben hat.

Familie und soziale Infrastruktur

Deutlich gestärkt werden Familien und die soziale Infrastruktur in den ländlichen Räumen. Familienfreundlichkeit bedeutet heute gerade auch im ländlichen Raum den konsequenten Ausbau der Kinderbetreuung (z. B. Landkindergartenförderung) und bessere Unterstützungsleistungen für eine selbstständige Lebensführung im Alter. Beides zusammen sind Schlüsselfaktoren für die Attraktivität einer Kommune als Wohn- und Arbeitsort. Durch den Nachtragshaushalt 2012 werden allein bei der Kinderbetreuung insgesamt ca. 123 Millionen Euro in die Hand genommen. Hierdurch wird wieder bestätigt: Kein anderes Land investiert mehr in seine Familien als Bayern!

Über das Demografiepaket hinaus hat das Bayerische Kabinett auf der Klausurtagung weitere Mittel vorgesehen, die dem ländlichen Raum direkt zugutekommen. Beispielsweise sind für die Förderung von Kleinkläranlagen im nächsten Jahr 8 Millionen Euro und für die Förderung des Sportstätten- und Kirchenbaus weitere 13 Millionen Euro eingeplant. Auch von der Energiewende wird der ländliche Raum in besonderem Maße profitieren. Allein das Landwirtschaftsministerium erhält zur Förderung dezentraler Energieprojekte im nächsten Jahr 20 Millionen Euro.

Im Ergebnis werden durch den sehr kommunalfreundlichen und zukunftsweisenden Aktionsplan vor allem das finanzielle Fundament der Kommunen erheblich gestärkt sowie neue Wachstumsimpulse gesetzt. Dies kommt insbesondere der Region Coburg zugute.

Mit freundlichen Grüßen

